

Der Freihandel wird zum Balanceakt

Protektionismus in Amerika / Von Carola Kaps, Washington

Der Aufschwung in den Vereinigten Staaten scheint nicht enden zu wollen, und die Amerikaner werden um ihre Wirtschaft beneidet. Aber nur noch eine kleine Gruppe von Aufrechten hält die Fahne des liberalen Handels hoch. Wie ist das zu erklären?

Es ist faszinierend und beängstigend zugleich, dass die Entwicklung der letzten acht Jahre, die Amerika eine beispiellos günstige Konstellation aus hoher Beschäftigung und niedriger Inflation und der Mehrzahl der Amerikaner steigenden Wohlstand beschert hat, sowohl im amerikanischen Kongress als auch in der amerikanischen Öffentlichkeit überwiegend negative Gefühle gegen das Konzept des liberalen Handels hervorgerufen hat. Statistiken und Tabellen, die überzeugend darlegen, wie sehr die Vereinigten Staaten von der wachsenden Integration in die Weltwirtschaft, vom steigenden Aussenhandel, aber auch von der rapiden Zunahme ausländischer Direktinvestitionen profitiert haben, scheinen kaum jemanden zu beeindrucken. Häufig wiederholte Hinweise der Regierung auf die gutbezahlten Arbeitsplätze, die in der Exportindustrie oder von Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen geschaffen werden, bleiben ebenfalls ohne nachhaltiges Echo.

Auch wenn Präsident Clinton oder sein Finanzminister immer wieder beschwörend beteuert, Handel sei kein Nullsummenspiel, ein vitales, dynamisches Welthandelssystem sei im Gegenteil ein Gewinn für alle Nationen, so ist die Mehrzahl der Kongressabgeordneten - so scheint es - schon längst zu anderen Schlussfolgerungen gelangt. Der von beiden Parteien getragene Konsens über eine liberale Handelspolitik, der 65 Jahre lang das aussenwirtschaftliche Denken und Handeln bestimmt hat, steht heute kurz vor dem Zusammenbruch.

Seit der Ratifizierung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (Nafta) im Jahre 1993 und der Uruguay-Runde im darauffolgenden Jahr hat sich das Klima immer weiter verschlechtert. Verschiedene Versuche des Präsidenten, vom Kongress das Verhandlungsmandat (fast track) für weitere Liberalisierungsrunden zu erhalten, sind kläglich gescheitert. Selbst unverbesserliche Optimisten haben mittlerweile einen Erfolg für "fast track" in der verbleibenden Amtszeit Clintons abgeschrieben.

Die amerikanische Öffentlichkeit und der Kongress begreifen den liberalen Handel nicht als Chance, sie sehen vielmehr nur die negativen Seiten der aussenwirtschaftlichen Verflechtung. Dieselben Abgeordneten und Senatoren, die die Marktwirtschaft als bestes Wirtschaftssystem preisen, legen Scheuklappen an, wenn es um aussenwirtschaftliche Fragen und Importkonkurrenz geht. Dass nicht nur der Export, sondern auch Einfuhren über niedrigere Preise und Werkstoffkosten, über grössere Wahlmöglichkeiten und mehr Wettbewerb einen wichtigen Beitrag zum allgemeinen Wohlergehen leisten, wird nicht erkannt.

Im Gefolge der Krise in zahlreichen aufstrebenden Märkten und angesichts des explodierenden amerikanischen Handelsdefizits nehmen die Forderungen nach Schutz vor angeblich unfairer Importkonkurrenz aus Billiglohnländern zu, und im Kongress brauen sich die bedrohlichen Wolken des Protektionismus zusammen. Hinter der Stahlindustrie, traditionell die erste Bittstellerin, wenn der Einfuhrdruck stärker wird, hat sich bereits eine grosse Gruppe von Abgeordneten und Senatoren versammelt, die notfalls sogar für gesetzliche Einfuhrquoten stimmen wollen. Andere Branchen, vorab die Landwirtschaft, die Textil- und die Flugzeugindustrie, aber auch die Werften, die Halbleiter- und die Werkzeugmaschinenindustrie, die alle ebenfalls unter den Auswirkungen der internationalen Turbulenzen leiden, warten bereits in den Kulissen. Schon eine kleine Abschwächung des Wirtschaftswachstums und eine geringe Erhöhung der Arbeitslosigkeit dürften daher ausreichen, um den protektionistischen Tendenzen im Kongress zum offenen Durchbruch zu verhelfen. Vor einer Rezession würden mit Sicherheit selbst die letzten Verteidiger offener Märkte kapitulieren.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum die Regierung Clinton mit derart grossem Nachdruck Europa und Japan aufgefordert hat, die binnenwirtschaftliche Nachfrage zu stärken und einen grösseren Beitrag zum globalen Wachstum zu leisten. Die Vereinigten Staaten, die zur Zeit die einzige Wachstumslokomotive in der Weltwirtschaft sind, schauen sich nicht nur verzweifelt nach einem zweiten

Zugpferd um, das den Krisenländern die Rückkehr zum Wachstum erleichtern würde. Sie brauchen auch selbst dringend Hilfe, damit die Protektionisten nicht die Übermacht erhalten und das überbordende Leistungsbilanzdefizit zum Anlass nehmen, Handelsschranken zu errichten.

Europa und Japan, die sich über den zunehmend aggressiven Ton aus Washington ärgern, müssen begreifen, dass die Furcht vor protektionistischen Kurzschlusshandlungen seitens des Kongresses hinter der amerikanischen Forderung nach grösserer Marköffnung und stärkerer Lastenteilung steht. Sie ist aber auch die Erklärung für das entschlossene Vorgehen gegen Dumping und andere angeblich unfaire Handelspraktiken. Einem Seiltänzer gleich sucht die Regierung Clinton dabei das Gleichgewicht zwischen ihren liberalen Überzeugungen und den heimischen Schutzwünschen zu halten.

Der Präsident und sein Wirtschaftsteam sind sich der grossen Verantwortung bewusst, die die Vereinigten Staaten als führende Weltmacht für die Weltwirtschaft tragen. Sie versichern glaubhaft, dass sich die Vereinigten Staaten nicht abwenden und den Zugang zu ihrem attraktiven Binnenmarkt erschweren können, ohne sich selbst zu schaden und die Erholung der Weltwirtschaft zu untergraben. Bewusst ist ihnen auch die Tatsache, dass das im internationalen Vergleich blühende, wohlhabende Amerika nicht gerade jetzt protektionistischen Kräften nachgeben darf, sondern mit gutem Beispiel vorangehen muss.

Washingtons Balanceakt wäre weit weniger beunruhigend, wenn der Himmel über dem Atlantik heiter und die Stimmung zwischen den wichtigsten Handelspartnern gut wäre.